

Antrag der Beiratsfraktion der CDU
für die Sitzung des Beirates Walle
am 17.03.2017

Polizeireform überarbeiten - Sicherheit nicht nur auf dem Papier

Der Beirat Walle möge beschließen:

1. Der Beirat dankt den Beamtinnen und Beamten im Polizeirevier Walle für ihre Arbeit für die Sicherheit in Walle und lehnt die geplante Polizeireform in der vorgelegten Fassung ab.

2. Der Beirat fordert den Senator für Inneres auf,

a) die geplante Polizeireform hinsichtlich ihrem Dienstleistungsangebot und Personal in den Revieren zu überarbeiten und den 110-Notruf-Dienst weiterhin einzubinden, sowie das Erstellen von Anzeigen in allen Revieren zu ermöglichen,

b) die für die Reform notwendige personelle Ausstattung von über 2.600 Beamtinnen und Beamten vor Inkrafttreten der Reform sicherzustellen, sowie die Mittel für baulichen Veränderungen an den Revieren in den Haushalten 2018/2019 abzusichern.

Begründung:

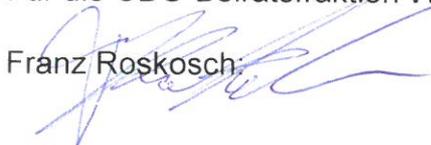
Am 2. März 2017 hat der Innensenator in der Deputation für Inneres die Pläne für die geplante Polizeireform erläutert. Das Konzept zur Polizeireform sieht unter anderem vor, die Polizeiarbeit zukünftig vorwiegend auf sechs Kommissariate zu zentralisieren. Ausschließlich hier wird es dann möglich sein Anzeigen zu erstatten. Die Polizeireviere in den Stadtteilen reduzieren dafür entsprechend ihr Dienstleistungsangebot (u.a. verkürzte Öffnungszeiten) und Personal. Das Papier geht bei den Planungen von 2.600 Beamtinnen und Beamten aus. Diese Zielzahl ist nach eigenen Angaben des Innensensors bei der Vorstellung des Konzeptes jedoch frühestens 2019/2020 realistisch.

Das Konzept ist zum jetzigen Zeitpunkt weder mit dem notwendigen Personal hinterlegt noch ist die Finanzierung abgesichert. Durch die Konzentration auf sechs Kommissariate gehen die Orts- und Milieukenntnisse der stadtteilkundigen Beamtinnen und Beamten verloren und führen zwangsläufig zu einem Kompetenzverlust.

Bevor ein endgültiger Beschluss gefasst wird, soll den Beiräten die Reform und die damit einhergehenden Änderungen erläutert werden, denn diese hat maßgebliche Konsequenzen für alle Stadtteile.

Für die CDU-Beiratsfraktion Walle:

Franz Roskosch





Antrag

für die Beiratssitzung am 26.04.2017

Polizeiwache Walle erhalten

Der Beirat Walle möge beschließen:

Der Beirat Walle fordert den Senator für Inneres auf, die Polizeiwache Walle als 24-Stunden-Standort weiter zu betreiben. Der Standort ist mit ausreichend Personal und Fahrzeugen zu bestücken, so dass eine Besetzung pro Fahrzeug mit 3 Personen möglich ist. Des Weiteren muss genug Personal für Schwerpunktmaßnahmen zur Verfügung stehen und die Stellen der Kontaktbereichsbeamten besetzt sein.

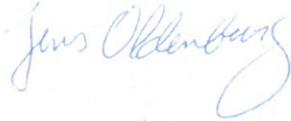
Begründung:

Nur eine regionale Präsenz der Polizei sorgt bei den Bürgerinnen und Bürgern für ein ausreichendes Sicherheitsgefühl, hierfür spielen die Kontaktbereichsbeamten sowie der 110-Einsatzdienst gleichermaßen eine Rolle. Eine mögliche Reduktion zu einem Polizeistandort trägt dieser örtlichen Polizeiarbeit keine Rechnung. Des Weiteren entwickelt sich im Stadtteil Walle mit der Überseestadt ein neuer Ortsteil, welcher in den strategischen Überlegungen zur Polizeireform keine Rolle einnimmt. Das Gebiet ist 4,5 Kilometer lang, einen Kilometer breit und stellt, das städtebauliche Leuchtturmprojekt Bremens dar. Die Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner wächst stetig. Auch dieser Ortsteil könnte von einem Revier in Gröpelingen deutlich schlechter betreut werden.

Einhergehend mit der Polizeireform wird mit einer Personalstärke von 2.600 Kräften für Bremen geplant. Diese Kapazitätsgrenze stammt aus einer Untersuchung im Vorfeld der Polizeireform des Jahres 2004. Die damalige Koalition von SPD und CDU hat diese Zahl als Untergrenze für eine funktionierende Polizei betrachtet. Diese Grenze ist seit dem massiv unterschritten worden. Die vielen Überstunden der Polizistinnen und Polizisten sind ein Indiz für diese personelle Unterbesetzung. Außerdem hat sich seit einiger Zeit die Bedrohungslage durch

Jens Oldenburg
Elsflether Str. 14, 28219 Bremen
oldenburg@fdp-bremen.de , Mobil: 0151 50489447

Terrorismus und Extremismus veränderte, sodass von einem deutlichen gestiegenen Personalbedarf auszugehen ist. Hierzu sollte eine aktuelle Analyse durchgeführt werden.



Jens Oldenburg

Beiratsmitglied

Jens Oldenburg
Elsflether Str. 14, 28219 Bremen
oldenburg@fdp-bremen.de , Mobil: 0151 50489447



Beiratsfraktion Walle

Polizeireform 2600

Der Stadtteilbeirat Walle möge beschließen:

Der Stadtteilbeirat Walle unterstützt die Bemühungen des Senators für Inneres, mit der Polizeireform 2600 den neuen Anforderungen der Polizeiarbeit gerecht zu werden und hält es für eine zentrale Aufgabe die Polizeikräfte so zu organisieren, dass sie im Notfall innerhalb der vorgegebenen Zeit in allen Bereichen unseres Stadtteils präsent sein können. Auch die Zielsetzung der Reform, Polizeikräfte in möglichst großer Zahl auf die Straße zu bringen, findet unsere Unterstützung.

Dies muss auch für den 7. Waller Ortsteil Überseestadt als einer der größten städtebaulichen Entwicklungsprojekte Europas gelten. Mit seiner Größe von 288 ha und einer Einwohnerzahl von derzeit 1.500 Bewohnern und 12.000 Beschäftigten wird der Ortsteil in dem vorliegenden Papier zur Polizeireform nicht oder nur ungenügend berücksichtigt. Im Übrigen geht die Wirtschaftsförderung Bremen davon aus, dass in den nächsten Jahren die Einwohnerzahl auf 7.000 steigen wird und bis 2030 sogar auf 11.000 Einwohner.

Hier muss nach Auffassung des Beirates Walle innerhalb der Polizeireform nachgebessert werden, dass dieser für Bremen bzw. Walle wichtige Ortsteil von der Polizeiarbeit nicht abgehängt wird.

In Zeiten hoher Sicherheitsanforderungen ist es außerdem ein sinnvoller Schritt, Verwaltungswege zu erleichtern. Die Möglichkeit, Anzeigen wie z.B. bei Fahrraddiebstählen auch online abgeben zu können, wird begrüßt.

Der Beirat Walle ist weiterhin der Überzeugung, dass Polizistinnen und Polizisten, die in den Revieren als KOPs tätig sind, wesentlich sind für das Sicherheitsgefühl der Menschen in den Stadtteilen.

Es ist ein völlig falsches Signal, die in der Bevölkerung hoch akzeptierte Arbeit der KOPs zu reduzieren bzw. reduziert zu lassen. Der Beirat Walle fordert deshalb den Senator für Inneres auf, das Waller Revier schon jetzt so auszustatten, dass die bürgernahe Polizeiarbeit durch die KOPs vollumfänglich erhalten bleibt und nicht erst in 2019 oder später. Umschichtungen innerhalb der Polizei müssen schon jetzt möglich sein.

Bremen, den 18. April 2017

Gemeinsamer Beschlussentwurf der Fraktionen SPD, Grüne, CDU und Linke im Beirat Walle

Polizeireform 2600

Der Stadtteilbeirat Walle möge beschließen:

Der Stadtteilbeirat Walle unterstützt die Bemühungen des Senators für Inneres, mit der Polizeireform 2600 den neuen Anforderungen der Polizeiarbeit gerecht zu werden und hält es für eine zentrale Aufgabe die Polizeikräfte so zu organisieren, dass sie im Notfall innerhalb der vorgegebenen Zeit in allen Bereichen unseres Stadtteils präsent sein können. Auch die Zielsetzung der Reform, Polizeikräfte in möglichst großer Zahl auf die Straße zu bringen, findet unsere Unterstützung.

Dies muss auch für den 7. Waller Ortsteil Überseestadt als einer der größten städtebaulichen Entwicklungsprojekte Europas gelten. Mit seiner Größe von 288 ha und einer Einwohnerzahl von derzeit 1.500 Bewohnern und 12.000 Beschäftigten wird der Ortsteil in dem vorliegenden Papier zur Polizeireform nicht oder nur ungenügend berücksichtigt. Im Übrigen geht die Wirtschaftsförderung Bremen davon aus, dass in den nächsten Jahren die Einwohnerzahl auf 7.000 steigen wird und bis 2030 sogar auf 11.000 Einwohner.

Hier muss nach Auffassung des Beirates Walle innerhalb der Polizeireform nachgebessert werden, dass dieser für Bremen bzw. Walle wichtige Ortsteil von der Polizeiarbeit nicht abgehängt wird.

In Zeiten hoher Sicherheitsanforderungen ist es außerdem ein sinnvoller Schritt, Verwaltungswege zu erleichtern. Die Möglichkeit, Anzeigen wie z.B. bei Fahrraddiebstählen auch online abgeben zu können, wird deshalb begrüßt.

Der Beirat Walle ist weiterhin der Überzeugung, dass Polizistinnen und Polizisten, die in den Revieren als KOPs tätig sind, wesentlich sind für das Sicherheitsgefühl der Menschen in den Stadtteilen. Im Zusammenhang damit danken wir den KOPs des Waller Reviers für ihre professionelle Arbeit vor Ort, auch wenn sie in letzter Zeit unter erschwerten Bedingungen stattgefunden hat.

Es ist ein völlig falsches Signal, die in der Bevölkerung hoch akzeptierte Arbeit der KOPs zu reduzieren bzw. reduziert zu lassen. Der Beirat Walle fordert deshalb den Senator für Inneres auf, das Waller Revier schon jetzt so auszustatten, dass die bürgernahe Polizeiarbeit durch die KOPs vollumfänglich erhalten bleibt und nicht erst in 2019 oder später. Umschichtungen innerhalb der Polizei müssen schon jetzt möglich sein.

Bremen, den 18. April 2017



Fraktion im Beirat Walle

Ton- und Bildaufzeichnungen der Beirats- und Fachausschusssitzungen.

Der Stadtteilbeirat Walle möge beschließen:

Offene Ton- und Bildaufzeichnungen sind während der Sitzungen grundsätzlich zulässig*.

Begründung:

Zum Zwecke der Transparenz und Beweissicherung ist es sehr hilfreich, dass Ton- und Bildaufnahmen gefertigt werden dürfen.

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass diese Selbstverständlichkeit in anderen Beiräten üblich ist. Die Sitzungen des Beirats Vahr werden z.B. aufgezeichnet und bei U-Tube eingestellt.

In der Geschäftsordnung des Beirates Blumenthal ist unter § 10 Abs. 10 folgendes zu lesen:

„Zur besseren Erstellung der Protokolle ist der Mitschnitt der Sitzung auf Tonträger nach Information der Beiratsmitglieder möglich. Die Tondateien stehen den Beiratsmitgliedern zum Abhören zur Verfügung. Sie werden zwei Jahre lang aufbewahrt.“

Aus Lesum habe ich erfahren, dass dort ebenfalls Tonaufzeichnungen erfolgen.

Ich würde sogar noch weitergehen, und diese als MP3 an die Beiratsmitglieder als Email-Anhang verschicken.

Bemerkenswert ist, dass es anlässlich der Fachausschusssitzung Bildung am 21. März. 2017 keinerlei Beanstandung über die vielen Bild- und Tonaufzeichnungen gab. Was war der Unterschied zu den anderen Sitzungen, wo geradezu aufdringlich auf das Verbot hingewiesen wurde?

Wer sich für ein öffentliches Amt (Gemeinde- / Beirat, Landtagsabgeordneter, Bundestagsabgeordneter) bewirbt, muss es dulden, dass Aufzeichnungen der Tätigkeiten erfolgen. Daher muss ich es z.B. dulden, dass ich während der Ausübung meines Amtes z.B. von der Antifa abgelichtet werde, und auf deren Seiten, wie bereits geschehen, „zur Schau gestellt werde“. So ist das nun mal mit Personen des öffentlichen Lebens.

Ich vermute, dass hinter dem Verbot in Walle die Angst der Ortsamtsleitung / anderer Beiratsmitglieder steckt, dass deren, mitunter antidemokratisches Verhalten dokumentiert werden könnte. Dass kann es nicht sein! Die Organe des Beirats müssen denen anderer Parlamente gleichgestellt sein.

* Eine unzulässige Änderung der Geschäftsordnung „zwischendurch“ ist meiner Meinung nach hier nicht nötig, da Aufzeichnungen parlamentarischer Arbeit, sogar durch Gäste, üblich sind.

Bremen, 27. März 2017

G. Höns

Gerald Höns (AfD-Büro Bremen-Walle, Grenzstraße 110 / www.afd-walle.de)



Anlage ⑦

Fraktion im Beirat Walle

Vorabveröffentlichung der vorläufigen Beirats-und Fachausschussprotokolle.

Der Stadtteilbeirat Walle möge beschließen:

Die vorläufigen Protokolle öffentlicher Sitzungen werden der Öffentlichkeit in geeigneter Weise zeitnah zugänglich gemacht.

Begründung:

Mitglieder meiner „BCC-Gemeinde“ dürften um meine Bemühungen bezüglich mehr Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung wissen.

So dürfte diesem Personenkreis, zu dem auch einige Beiratsmitglieder gehören, nicht entgangen sein, dass ich mein Anliegen der Ortsamtsleitung vorgetragen habe. Ähnlich wie im Fall der illegalen Schwärzungen der Bürgeranträge wurde mir die Weitergabe des Protokolls der Beirats-Sitzung vom 08. Feb. 2017 ohne Angabe von nachvollziehbaren Gründen durch die Ortsamtsleiterin, Frau Pala, untersagt. Selbst nach mehrfacher Nachfrage kam nichts Überzeugendes. Der Text der genannten Paragraphen ließ nicht erkennen, dass die Weitergabe der vorläufigen Protokolle verboten sein soll. Warum auch? Denn z.B. Gesetze oder Bebauungspläne werden der Bevölkerung aus gutem Grund zur Kenntnis gebracht, bevor diese endgültig genehmigt werden.

Da die Protokolle öffentlich behandelte Themen zum Inhalt haben, und mitunter auch Menschen aus dem Publikum zitiert werden, ist es nur folgerichtig, dass das vorläufige Protokoll öffentlich ist. Auf diese Weise kann sich ein Mensch aus dem Publikum, welcher sich falsch zitiert fühlt, noch rechtzeitig zur Sache melden. Denn es wäre ärgerlich oder gar fatal, wenn es ein endgültig genehmigtes Protokoll, z.B. mit falschen Zitaten aus der Bevölkerung gibt. Für eine zeitnahe Veröffentlichung eines vorläufigen Protokolls spricht auch, dass die Erinnerungen des Publikums noch frisch sind, welche der Erstellung eines authentischen Protokolls hilfreich sein dürften.

Meine Initiative ist einer Nachfrage aus der Bevölkerung nach dem vorläufigen Protokoll geschuldet.

Um mir nicht Gedanken über eine weitere Klage beim Verwaltungsgericht machen zu müssen, stelle ich mit meinem Antrag das Thema zur sachlichen Diskussion im Beirat, mit der Erwartung einer Umsetzung.

Bremen, 26. März 2017

G. Höns

Gerald Höns (AfD-Büro Bremen-Walle, Grenzstraße 110 / www.afd-walle.de)



Fraktion im Beirat Walle

Protokoll der Beiratssitzung vom 08. Feb. 2017.

Der Stadtteilbeirat Walle möge beschließen:

Die Aufzeichnungen / Ausführungen des Herrn Dr. Korol werden dem Protokoll der Beiratssitzung vom 08. Feb. 2017 angefügt.

Begründung:

Das mir vorliegende, von der Ortsamtsleitung erstellte Protokoll weist offensichtlich erhebliche Lücken auf. Damit die allgemein zur Verfügung stehenden Aufzeichnungen den tatsächlichen Verlauf der Beiratssitzung wenigstens annähernd reflektieren, bietet sich die Ergänzung des Protokolls durch die Arbeit des Herrn Dr. Korol an (siehe Anlage).

Bremen, 10. April 2017

G. Höns

Gerald Höns

(AfD-Büro Bremen-Walle, Grenzstraße 110 / www.afd-walle.de)